

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Redaktion selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Porto-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Honorarliste über deren Raum heißt 5,- M. einschließlich Leerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das Freitagblatt Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen; das Freitagblatt Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Gesamtpreiser: Zentrum 2030, 2045, 4510 4803, 4835, 4649, 4921.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Vor dem Schluß der Konferenz

### Die letzten Verhandlungen

Am Sonnabend soll die Konferenz in Spaa geschlossen werden. Was bis dahin nicht erledigt ist, wird dem Wiedergutmachungsausschuß oder besonderen Kommissionen zur Vorberatung übergeben; wahrscheinlich tritt nach einiger Zeit eine neue Konferenz zusammen, als deren Schauplatz das belgische Seebad Ostende genannt wird. In der Kohlenfrage handelt es sich jetzt nur noch um die letzten Vereinbarungen. Da die deutsche Delegation die Verpflichtung zur Lieferung von 2 Millionen Tonnen Kohlen angenommen hat, so wird sich über die anderen Punkte, über die noch Differenzen bestehen, eine Einigung erzielen lassen.

Trotzdem offizielle Meldungen über die Vorgänge der jüngst vergangenen Tage auch heute nicht vorliegen, so kann man sich doch schon ein ungefähres Bild von ihrem Verlauf machen. In der „Vossischen Zeitung“ beschreibt Alexander Koblisch, der Sonderberichterstatter des Blattes in Spaa, die Wurzel des Konflikts in folgender Weise: Die deutschen Kohlenfachverständigen hätten die deutsche Wirtschaft als ein Ganzes betrachtet und danach die für Deutschland notwendigen Kohlenmengen berechnet. Der französische Verhandlungsgegner und mit ihm Belgien und Italien haben einen europäischen Kohlenplan gewollt, und ihr Wunsch konnte nur im Rahmen eines europäischen Wirtschaftsplanes verwirklicht werden. Die gegnerischen Sachverständigen hätten nur Gutachten abgegeben, ohne politische Entscheidungen zu fällen, im deutschen Lager dagegen hätten die Kohlenfachverständigen Politik getrieben und regiert. Die Beratungen der deutschen Fachleute hätten praktisch die Kraft eines Diktats besessen und der Diktator habe Hugo Stinnes geheißt. Stinnes habe nicht nur auf die Unternehmer, sondern auch auf die anwesenden Arbeiterführer Einfluß gewonnen. Sein Kampf um die Gewährung von Lebensmittelzuschüssen habe ihm die Sympathie dieser Seite gesichert. Die Arbeiterführer seien abgerüstet; das letzte Stück Weges, das geradewegs zum Abbruch der Verhandlungen führte, sei Stinnes allein gegangen. Koblisch führt weiter aus:

Ob Stinnes mit seiner Politik den offenen Konflikt gewollt hat, kann nicht gesagt werden, aber man kann erraten, wohin die tatsächlich geführte haben würde. Die Befehle des Ruhrgebietes würde Deutschland nicht vor der Lieferung der zwei Millionen Tonnen Kohlen monatlich bewahrt, sondern zu einer Erhöhung dieses Quantums geführt haben. Mit der Verletzung Preußens und dem gleichzeitigen Aufschwung westdeutschen Gebietes würde den Vortrennungsbestrebungen neue Nahrung zugeführt worden sein. Denn ein dezimiertes und dadurch sozial verfallenes Preußen hat stets seit der Revolution die übrigen Reichsteile in zentrifugale Bahnen gelockt. Das Kohlengebiet würde sich eines Tages vor der Probe gesehen haben, ob es mit seinen Kohlen lieber nach dem Osten oder Westen gehen wolle. Es würde vermutlich dorthin gegangen sein, wo es kleinerer Rotoper gibt.

Es waren also die Vertreter des deutschen Großkapitals, die auf den offenen Konflikt hingearbeitet haben, und wenn man den Angaben des Berichterstatters der „Vossischen Zeitung“ folgen darf, so hat der Abgeordnete Hue — andere Arbeitervertreter waren unseres Wissens nicht in Spaa — eine schwere Unterlassungssünde begangen, daß er von Spaa abreiste und Herrn Stinnes allein wirtschaften ließ. Es muß erwartet werden, daß von dieser Seite eine Klarstellung gegeben wird.

Ein Ultimatum der Entente mit der Befehlsdrohung ist zwar nicht erfolgt, dafür enthält aber die Antwort der Alliierten auf die Bedingungen der deutschen Delegation die Bestimmung, daß sie zur Befehlsung eines neuen Teiles deutschen Gebietes, des Ruhrgebietes oder irgendeines anderen, schreiten würden, wenn in den nächsten drei Monaten sechs Millionen Tonnen Kohlen nicht abgeliefert worden sind. Es ist möglich, daß die Alliierten diese Strafbestimmung nur deshalb in ihre Antwort aufgenommen haben, um die Stellung ihrer Regierungen vor den Parlamenten zu erleichtern, und daß diese Bestimmung nur auf dem Papier stehen bleibt. Sollte die Entente aber die Absicht haben, diese Drohung auch in dem Falle zu verwirklichen, wenn es trotz des besten Willens unmöglich gewesen ist, die vereinbarte Kohlenmenge zu liefern, so muß wiederum gesagt werden, daß sie damit keine besonderen Vorteile für sich erzielen wird. Wirtschaftliche Fragen von dieser Art können nicht mit dem Schwerte gelöst werden!

### Die Konferenzen Sonnabend beendet

Paris, 15. Juli.

Der Vertreter des „Petit Parisien“ in Spaa meldet: In Anbetracht des verwickelten Problems und in Anbetracht, daß die Besprechung des Protokolls in der Kohlenfrage lange Diskussionen in Anspruch nehmen müßte, muß man darauf gefaßt sein, daß der Auftrag, die Gesamtsumme, die Jahressumme und die Zahlungsweise festzustellen, der Wiedergutmachungskommission übertragen

wird, die im Begriffe steht, ihre Arbeiten zu beenden. Louis Dubois, der Vorsitzende der Wiedergutmachungskommission, hat es mir heute anvertraut, daß die Delegierten bereits über den Prozentsatz und die verschiedenen Kompensationen, die nötig sein werden, einig sind. Die Deutschen würden daher eingeladen werden, ihre Vorschläge vorzulegen und diese werden der Wiedergutmachungskommission überwiesen. Unter diesen Umständen müßte die Konferenz in Spaa am Sonnabend beendet sein.

### Die Antwort der Entente

Spaa, 15. Juli.

Die Antwort der Entente hat folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. August 1920 an auf sechs Monate den Alliierten monatlich 2 Millionen Tonnen Kohle, welche Menge von der Wiedergutmachungskommission genehmigt worden ist, zur Verfügung zu stellen.

2. Der Gegenwert dieser auf dem Schienen- oder Wasserwege beförderten Kohle wird von den alliierten Regierungen auf das Reparationskonto angerechnet, und zwar zum deutschen Inlandspreise gemäß § 6 lit. a, Anlage 5 Teil 8 des Vertrages von Versailles. Außerdem wird als Gegenleistung für die den Alliierten zuerkannte Befugnis, sich nach Klassen und Qualitäten eingeteilte Kohlen liefern zu lassen, eine Prämie von 5 Goldmark, die von dem Empfänger in bar zu zahlen ist, zum Erwerb von Nahrungsmitteln für die deutschen Bergarbeiter verwendet.

3. Während der Dauer der obigen Kohlenlieferungen werden die in §§ 2, 3 und 4 des Protokolls vom 11. Juli vorgezeichneten Kontrollmaßnahmen in der gemäß dem Wortlaut der beiliegenden Anlage abgeänderten Form sofort in Kraft gesetzt.

4. Es wird alsbald zwischen den Alliierten ein Abkommen über die Verteilung der ober-schlesischen Kohle durch eine Kommission getroffen, in welcher Deutschland vertreten sein wird. Dieses Abkommen unterliegt der Genehmigung der Reparationskommission.

5. Es tritt alsbald in Essen eine Kommission zusammen, in welcher die Deutschen vertreten sein werden. Aufgabe dieser Kommission wird es sein, Mittel und Wege zu finden, um die Lebensbedingungen der Bergarbeiter bezüglich der Ernährung und der Kleidung und im Hinblick auf eine bessere Ausbeutung der Bergwerke zu heben.

6. Die alliierten Regierungen erklären sich bereit, Deutschland während des oben erwähnten sechsmonatigen Zeitraums einen Vorschlag zu gewähren in Höhe des Unterschiedes zwischen dem gemäß § 2 gezahlten Preise und dem Ausfuhrverbot der deutschen Kohle sob deutsche Häfen, bzw. den englischen Ausfuhrpreis sob englische Häfen, und zwar den jeweils geringeren dieser Preise nach Maßgabe des § 6 lit. b Anlage 5 Teil 8 des Vertrages von Versailles.

Die Vorschläge werden gemäß Artikel 235 und 251 des Vertrages von Versailles; die genannten Vorschläge erhalten den unbedingten Vorrang vor allen anderen Forderungen der Alliierten gegen Deutschland. Die Vorschläge werden am Schluß eines jeden Monats je nach der Zahl der gelieferten Tonnen und dem mittleren sob-Preis der Kohle während dieses Zeitraumes gegeben. Bereits am Ende des ersten Monats werden von den Alliierten Vorschläge zur späteren Berechnung gegeben, ohne daß die genauen Zahlen abgewartet werden.

7. Falls am 15. November 1920 festgestellt werden sollte, daß die Gesamtlieferung für August, September und Oktober 1920 die 6 Millionen Tonnen nicht erreicht hat, würden die Alliierten zur Befehlsung eines Teiles deutschen Gebietes, des Ruhrgebietes oder irgend eines anderen, schreiten.

Anlage 1. Es wird in Berlin eine fünfköpfige Delegation der Wiedergutmachungskommission eingerichtet; ihre Aufgabe besteht darin, sich durch folgende Mittel zu vergewissern, daß die in dem Abkommen vom 16. Juni 1920 vorgezeichneten Kohlenlieferungen ausgeführt werden.

Die Pläne über die allgemeine Verteilung der Förderung unter Angabe der Einzelheiten über die Herkunft und die Qualitäten einerseits und die zur Sicherung der Lieferungen an die alliierten Mächte bestimmten Anordnungen andererseits sind von den deutschen Behörden festzustellen und von ihnen der Genehmigung der genannten Delegation innerhalb angemessener Frist, bevor sie den Ausführungsorganen übermittelt werden, zu unterbreiten.

2. Keine Abänderung des genannten Planes, durch welche eine Verminderung der Lieferungen an die Alliierten herbeigeführt werden könnte, darf in Kraft treten ohne vorherige Genehmigung der Delegation der Wiedergutmachungskommission in Berlin.

3. Die Wiedergutmachungskommission, welcher die deutsche Regierung in regelmäßigen Zwischenräumen von der Ausführung der für die Lieferung an die Alliierten gegebenen Anordnungen durch die zuständigen Behörden Rechnung zu legen hat, hat den beteiligten Mächten jede Verletzung der oben angenommenen Grundzüge mitzuteilen.

## Reichsrat u. Rapp-Putsch

Dokumentarische Feststellungen

II.

Ist es nach den bisherigen Mitteilungen ein Wunder, daß von den Rebellen noch kein einziger bestraft ist, daß sie sich im Gegenteil hohen Ansehens erfreuen und befördert werden, wenn „demokratische“ Minister sich von vornherein in dieser Weise für ihre Rehabilitierung einsetzen?

Die Debatte über die Verhandlungen mit Lüttich und Genossen war ziemlich ausgedehnt. Unterstaatssekretär Schröder sprach sich aus den Gefühlen der Arbeiter nochmals gegen diese Verhandlungen aus. Sein Genosse Heinrich Schulz ist dagegen vom Spartakistenstand befreit, er erklärt, „jede Stunde, die der Umkehr länger dauere, gebäre 10 000 Spartakisten mehr.“ Noch weiter ist diese Angst bei dem schon erwähnten preussischen Finanzminister Dr. Südekum ausgebildet, der sich zu folgenden Ausführungen verleiht:

Gestern nacht hätten die revolutionären Objekte eine Sitzung mit den Kommunisten gehabt. Es seien zwei Strömungen zutage getreten: Die eine sei dafür gewesen, heute abend zum Angriff auf der ganzen Linie gegen das Militär vorzugehen. Die zweite Strömung habe erklärt, sie wolle jetzt nicht in eine Bewegung, die schon im Entstehen sei, eingreifen und dadurch weitere Arbeiterleben verlieren, sondern die Sache durch den Generalsstreik tommachen, aber sie wolle den Zusammentritt der neuen Nationalversammlung im Mai verhindern und dann die Räterepublik auszurufen, denn bis dahin werde das Militär infolge der heutigen Ereignisse völlig zerlegt sein. Man werde mit einer Einigung der beiden Richtungen dahin rechnen müssen, daß man im Mai gegen das neue Parlament vorgehen werde. Damit werde ein helles Licht auf die Situation geworfen. Wenn die Generale jetzt nicht noch von ihrem verbrecherischen Vorhaben Abstand nehmen und dadurch noch die Moral in der Truppe erhalten, so würde das die Saat des Kommunismus bei uns reifen lassen.

Als dieser blühende Ansturm aus dem Munde eines „Sozialdemokraten“! Aber Herr Südekum ist nicht umsonst ein ganzes Jahr der Kollege des Puttkamerpigonon Heine in der preussischen Regierung gewesen, er hat fleißig gelernt und spricht ganz kunstgerecht den Jargon der Antisobschekwisten.

Der Bericht fährt fort: Inzwischen waren abermals die Offiziere des Herrn v. Lüttich erschienen und hatten mit den Abgesandten gesprochen. Unterstaatssekretär Schröder berichtet darüber, die Kommunisten hätten der Regierung Rapp beschieden das Ultimatum gestellt, die Truppen sollten bis 9 Uhr abends aus den Arbeitervierteln zurückgezogen werden, andernfalls würde eine neue Regierung Däumig und Dr. Cohn ausgerufen werden. General v. Düsterwich erklärte sich nunmehr bereit, für die alte Regierung zu sechten!

Der Volkswirtschaftler des Spießbürgers Südekum und der bürgerlichen Helden tat also seine Wirkung: Lüttich erklärte sich bereit „zu sechten“, und was das heißt, das haben die Arbeiter oft genug erfahren. Das läßt eine Wendung zu sein. Aber es kam anders. In dem Bericht heißt es weiter:

Diese Mitteilung rief natürlich große Aufregung hervor. Unterstaatssekretär Heinrich Schulz erklärte indessen, das Angebot des Generals dürfe nicht angenommen werden, die Mehrheitssozialisten könne man jetzt nicht mobil machen, um mit dem bis jetzt als Hochverräter bezeichneten General Lüttich gegen die Unabhängigen zu gehen. Die Führer der Mehrheitssozialisten übernahmen es, noch zu versuchen, die mehrheitssozialistischen Arbeiterführer darüber aufzuklären, daß der in wenigen Stunden bevorstehende Angriff nur von den Unabhängigen unternommen und von den Mehrheitssozialisten nicht unterstützt werde.

Dieser rechtssozialistische Koalitionspolitiker hat also keine grundsätzliche Ablehnung des verbrecherischen Anstimmens, die „Mehrheitssozialisten“ gegen die Unabhängigen, das in zwei Teile gespaltenes Proletariat gegeneinander aufzuheben und sich zersplittern zu lassen, wobei die Rechtssozialisten die noch eben als Reuterey bezeichneten Truppen auf ihrer Seite haben sollen, sondern nur: man könne jetzt nur nicht unter der Führung des Generals v. Lüttich mobil machen und gegen die Unabhängigen kämpfen; grundsätzlich war nichts dagegen einzuwenden, diesen Kampf aufzunehmen. Und weiter: Sollte das Proletariat den prophezeiten Angriff, der indes nur in den Räuberphantasien des verarmten Reichsrats besteht, zur Ausführung kommen, dann würden die rechtssozialistischen Regierungsmänner die rechtssozialistischen Arbeiterführer schon dazu pressen, daß die Massen gespalten und die Aktion zum Scheitern gebracht werden. Das Ende wäre ein fürchterliches Blutbad unter dem gespaltenen Proletariat geworden. Kann es einen bündigeren Beweis geben für die Verderblichkeit der Koalitionspolitik, deren ausführende Persönlichkeiten mit einer so beispiellosen Gewissenlosigkeit das sozialistische Proletariat auf dem Altar der Bourgeoisieinteressen opfern wollten? ... General v. Lüttich hat denn auch nicht gegen die Unabhängigen „gefochten“, aber der damit beauftragte General v. Seekt hat unter den Augen und unter Duldung der Rechtssozialisten das übrige besorgt. Und nach den Ausführungen von Heinrich Schulz sind die rechtssozialistischen Regierungsovertreter für diese Verbrechen nicht nur moralisch mitverantwortlich, sondern sie kommen als offenbar Mitbeteiligte in Frage.

In der Nacht vom 16. zum 17. März ließen die gegenrevolutionären Offiziere noch einmal ihre Klänge spielen, um die Zivilgesellschaft zum Umsoll zu bringen und für Lüttich den Oberbefehl zu retten. Der damalige preussische Minister



# Die Berliner Parteifunktionäre zur Betriebsrätefrage

Die Parteifunktionärskonferenz der U. S. P. Berlins, die am Mittwoch, den 7. Juli, ein Referat des Genossen Richard Müller über die Frage, ob selbständige Betriebsrätezentrale oder Betriebsrätezentrale der Gewerkschaften, entgegengenommen hatten wurde am Donnerstag, den 13. d. M., fortgesetzt. Als erster Diskussionsredner trat Maßahn von der Betriebsrätezentrale den Ausführungen von Böllmershaus entgegen. Er betonte weiter, daß in vielen Gewerkschaftsversammlungen die Neuerungen des vor einiger Zeit in Berlin weilenden russischen Gewerkschaftsführers Schapnikoff völlig falsch ausgelegt worden. Die Tätigkeit der russischen Gewerkschaften in der Sowjetrepublik lasse sich nicht mit den Aufgaben- und Tätigkeitskreis der Gewerkschaften im kapitalistischen Deutschland vergleichen. Gegenüber den Ausführungen Dörmanns erklärte Maßahn, die Tätigkeit der U. S. P.-Gewerkschaften im Reichswirtschaftsrat beweise, daß einzelne unserer Genossen sich vor den Wagen der Arbeitsgemeinschaft spannen lassen. Der Redner kam zu dem Schluß, daß wir nicht in das Fahrwasser der alten Gewerkschaftsbürokratie kommen dürfen, und darum müssen die Betriebsräte, in einer selbständigen Organisation zusammengefaßt, mit revolutionärer Energie an die Verwirklichung des Sozialismus gehen.

Ulrich (Metallarbeiter) tritt mit Entschiedenheit dafür ein, daß der Streit über die Erfassung und Organisationsform der Betriebsräte im Interesse des proletarischen Klassenkampfes beendigt werde. Die Finanzierung der Betriebsrätezentrale dürfe nicht werden, weil die Betriebsräte in den bevorstehenden schweren Wirtschaftskämpfen das Rückgrat der Gewerkschaften bilden müssen. Ulrich ging dann ausführlich auf das von dem Genossen Emil Barth in einer Resolution niedergelegte und in der Industriegruppe der Holzarbeiter einstimmig angenommene Programm ein und empfahl diese Resolution ebenfalls zur Annahme. Paul Neumann ging in einer einstündigen Rede nochmals ausführlich auf die Verhandlungen zwischen der Betriebsrätezentrale und der Gewerkschaftskommission ein. Er erläuterte, warum er und seine Freunde den Standpunkt vertreten, daß die Betriebsräte, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen wollen, eine selbständige, von den Gewerkschaften unabhängige Organisationsform bekommen müssen.

Reich Schmidt (Angestelltenverband) verteidigte den Standpunkt der Berliner Gewerkschaftskommission. Für die Gewerkschaften sei es eine Lebensfrage, daß die Betriebsräte bei den Gewerkschaften bleiben. Aufgabe der Parteifunktionäre sei es, an die Schaffung der im Leipziger Programm vorgesehene politischen Arbeiterräte zu arbeiten. Wenn die Gewerkschaften eine im Interesse des Klassenkampfes stehende Wirtschaftspolitik treiben wollen, dann können sie das wirkungsvoll nur, wenn die Betriebsräte ihnen angeschlossen bleiben.

Wegen der vorgerückten Zeit wurde hierauf ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Sabath von der Berliner Gewerkschaftskommission hielt an Stelle des verhinderten Korrespondenten Böllmershaus das Schlusswort. Er betonte, wenn die Betriebsräte, die ihnen zustehenden Aufgaben, die nach seiner Meinung über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinausgehen, erfüllen wollen, dann können sie nur auf dem Wege der Selbständigkeit. Er habe zu dem Zweck des Programms der U. S. P. D. sozialer Vertrauen, daß wenn alle Genossen innerhalb der Gewerkschaften eifrig mitarbeiten, auch die Gewerkschaften in kurzer Zeit revolutioniert sein werden. Dazu brauchen wir die Betriebsräte, ohne diese seien die Gewerkschaften tote Maskinen.

Richard Müller ging in seinem Schlusswort nochmals ausführlich auf die in der Diskussion zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten ein. Unsere Gewerkschaftsmitglieder müßten sich davon hüten, in das Fahrwasser der Arbeitsgemeinschaft hineinzutreten. Daß diese Gefahr besteht, beweise die Tatsache, daß die Berliner Gewerkschaftskommission sich jetzt auf den Boden der Richtlinien des Gewerkschaftsbundes stelle. Auch einige Neuerungen Dörmanns ließen diese Vermutung zu. Er zerplückte dann die auf den beiden Rätekongressen, sowie die im Parteiprogramm festgelegten Beschlüsse, die sich mit der Rätefrage beschäftigten. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte er die Parteifunktionäre auf, die von ihm eingebrachte Resolution anzunehmen, denn wenn die Parteifunktionäre das beste für die proletarische Revolution und für den Sozialismus wollten, so müßten sie die selbständige Organisationsform der Betriebsräte anerkennen.

Die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen ergab die Ablehnung einer Resolution, die die Zurückstellung jeder Entschlußfassung und Einleitung einer Abstimmung unter den Partei- und Gewerkschaftsmittgliedern über die Frage ob selbständige Organisationsform der Betriebsräte oder Angliederung der Betriebsräte an die Gewerkschaften vorschlag. Dagegen wurde nachstehende Resolution Müller gegen wenige Stimmen angenommen:

Die Funktionäre der Partei des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg halten den Ausbau einer selbständigen Betriebsräteorganisation als Voraussetzung für die Verwirklichung des wirtschaftlichen Räteplans für dringend geboten. Diese Notwendigkeit entspricht den Forderungen unseres Aktionsprogramms und ergibt sich aus der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Funktionäre halten eine Arbeitsgemeinschaft der selbständigen Betriebsräteorganisation mit den Gewerkschaften für geboten. Diese Arbeitsgemeinschaft muß durch gemeinsame Vereinbarungen festgelegt werden. Die am 6. Juli 1920 zwischen der Rätezentrale und den Vertretern des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission getroffene Vereinbarung stellt ein weitgehendes Entgegenkommen an die Gewerkschaften dar und kann als Grundlage für ein Zusammenwirken beider Organisationen angesehen werden.

Die Funktionäre des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg erheben das Zentralkomitee unverzüglich dahin zu wirken, daß unsere Parteigenossen auch in den Gewerkschaften im Sinne des Aktionsprogramms der Partei für die Selbständigkeit der Betriebsräteorganisation eintreten.

Der Vorsitzende, Genosse Brühl, wies darauf hin, daß durch Annahme der Resolution zwar kein bindender Beschluß gefaßt sei, daß die Funktionäre dessen ungeachtet aber verpflichtet seien, im Sinne dieser Willensäußerung in Partei und Gewerkschaften zu wirken.

## Die Pensionsanstalt

Wir lesen im „Hamburger Echo“:

Mit Emphase wird in den nationalistischen Blättern erklärt, daß eine weitere Entlassung Deutschlands, wie die Entente in Spaas kategorisch verlangt, unmöglich sei, weil der gegenwärtige Bestand der Reichswehr das äußerste sei, um Deutschland vor dem östlichen Bolschewismus zu schützen. Wir möchten dieser Behauptung gegenüber einmal fragen, ob es zur Verteidigung Deutschlands gegen die Bolschewisten auch etwa nötig ist, weiter die kostspieligen Offizierserschulungen aus der wilhelminischen Zeit nachwärtigen Angehörigen zu unterhalten? Noch bestehen mehrere von ihnen und erhöhen ganz unnötigerweise den Milliardenetat der Reichswehr und die Zahl der Truppen. So ist z. B. die Reitschule in Soltau (Hannover) noch immer in vollem Betriebe, und die zu ihr kommandierten Offiziere richten sich auch auf ein langes angenehmes Leben in dem hübschen Hebelbüschel ein.

Diese Offizierserschulungen sind ein großer Unnutz. Sie haben für die Reichswehr, die doch nur die Aufgaben einer Polizeitruppe erfüllen kann, absolut keinen Wert, sondern gewähren lediglich einigen Offizieren, die keine Lust zur produktiven Arbeit haben, ein angenehmes Leben. In der Reichswehr gibt es noch mehrere derartige kostspielige und überflüssige Einrichtungen.

tungen. Es wird daher notwendig sein, daß unsere Fraktion den Militäretat im Reichstag gründlich durchleuchtet und die, unerbörte Verschwendung der Herren Offiziere gebührend an den Pranger stellt. Wir haben keinen Grund, junge, gesunde und kräftige Menschen in einer Pensionsanstalt auf Kosten der Staatskasse bis an ihr Lebensende unterhalten zu lassen.

## Polnische Drohungen

Die Polen sind mit dem Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen nicht zufrieden. Sie wollen das Ergebnis nicht anerkennen und drohen den offenen Widerstand an. So schreibt der in Bromberg erscheinende „Dziennik Wodgostki Bring“ an der Spitze seines Blattes einen Artikel, in welchem er in hervorgehobenem Druck schreibt:

„Auf keinen Fall werden wir die Abstimmungskommittee anerkennen, und in unserem polnischen Gebiet werden wir den Deutschen dafür heimzahlen, was ihre Landsleute unserer Volksgenossen angetan haben. Mögen die Deutschen dann nicht schreiben, daß ihnen unrecht geschieht. Es wird nur gerechte Wiedervergeltung sein. England möge sich darüber der Deutschen nicht annehmen, da es die Freiheit der Volksabstimmung auch nicht sichern wollte.“

Diese blödsinnigen Behauptungen werden absolut keinen Eindruck machen. Die Abstimmungsgebiete haben sich in überwältigender Mehrheit für Deutschland erklärt. Diese Willensäußerung bleibt eine Tatsache, an der durch die polnischen Invasionsabsichten nichts mehr geändert werden kann.

## Strolche

Unter den ungarischen Regierungsbandiden befinden sich einige Renegaten, die den beiden Revolutionen knechtig gehorcht haben und an der Spitze der Verfolger marschieren. Zu ihnen gehört auch der Kriegsminister Soos, der neben Horthy die stärkste Stütze der Offiziersterroristen ist und jetzt den Prozeß gegen den Generalstabchef der Roten Armee, Stromfeld, führen läßt, wobei eine der Hauptanklagen die ist, daß Stromfeld der sozialdemokratischen Partei angehört. Wer ist nun der Kriegsminister Karl Soos? Als während der Karoly-Regierung Genosse Wilhelm Böhm Kriegsminister war, überbrachte ihm der damalige General Soos einen Brief der sozialdemokratischen Partei aus Szegedin, dem Wohnsitz des Generals. Und dieser Brief lautete:

Sekretariat der sozialdemokratischen Partei zu Szegedin.

Herrn Kriegsminister Wilhelm Böhm, Budapest.

Sehr geehrter Genosse Böhm!

Unsere Partei hat erfahren, daß man den Genossen General Karl Soos, Kommandanten des Kreiskommandos Szegedin, pensionieren wird. Wir bitten den geehrten Genossen inständig, den Genossen Karl Soos auch weiterhin auf seinem Posten zu belassen, denn er ist in die sozialdemokratische Partei eingetreten, nimmt an unseren Sitzungen regelmäßig teil, schreibt im Interesse des Soldatenrates und der Partei und betreibt unter den Offizieren im Bereiche des Kreiskommandos eine lebhafteste Agitation und so ist sein Verbleiben in der Partei eine Notwendigkeit.

Wir hoffen, daß Sie, geehrter Genosse, unsere Bitte erfüllen werden und sind mit Parteigrüß Ihr

Wollis, m. p.

ParteiSekretär.

Szegedin, am 21. Februar 1919.

Im Februar 1919 war also der General Soos selber Mitglied der Partei und ließ durch diese einen Minister bitten, ihn auf seinem Posten zu belassen. Ein Jahr später verfolgt er die Offiziere, die ebenso wie er der Partei beigetreten waren. Und dieser Soos will ein „Christ“ sein! Da ist anscheinend in Ungarn Strolch und Christ das gleiche geworden.

## Zwischenfälle in Jugoslawien

In einigen jugoslawischen Städten ist es in den letzten Tagen zu Zusammenstößen mit den italienischen Besatzungstruppen gekommen. Dabei hat es zahlreiche Tote und Verwundete gegeben. Die Unruhen haben auch nach Triest übergegriffen. Dort beträgt der Schaden, den die Jugoslawen erlitten haben, ungefähr 50 Millionen Kronen. Am Donnerstag herrschte in der Stadt Ruhe, doch patrouillierten durch die Straßen aus Zivilisten und Militär bestehende größere Truppen, die jeden Jugoslawen, den sie antrafen, schwer mißhandelten und arretierten. Auch in Pola und anderen Städten, besonders in Fiume, fanden große Demonstrationen statt, wobei jugoslawische Vereinshäuser niedergerammt wurden, in Fiume außerdem fünf Segelschiffe, die im Hafen lagen. Die Italiener sollen an der jugoslawischen Grenze ihre Positionen verstärken. Insbesondere werden große Mengen von schweren Artilleriegeschützen und die dazugehörige Munition herbeigeschafft.

## Die Ratifikation des St. Germainer Vertrags

Paris, 15. Juli.

Die Botschafterkonferenz trat am Donnerstag morgen unter dem Vorsitz von Cambon zusammen. Am Freitag wird im Uhrensaal am Quay d'Orsay der feierliche Austausch der Ratifikationsurkunden des Vertrages von St. Germain stattfinden. Uebrigens müssen zwei Protokolle unterzeichnet werden. Eins, das den Alliierten die Möglichkeit gibt, später zu unterzeichnen, wenn einer von ihnen an der Teilnahme der Zeremonie verhindert sein sollte und ein zweites, das Vorbehalte enthält, betreffend die Nichtausführung gewisser Bedingungen des mit Oesterreich getroffenen Waffenstillstandsabkommens.

## Die österreichische Krise

Wien, 16. Juli.

In der gestrigen Sitzung des Kabinettsrates legten die sozialdemokratischen Regierungsmittglieder Verwahrung gegen das Getreidebewirtschaftungsgesetz ein, das mehrfache Widersprüche aufweist, und forderten die Rückverweisung an die Nationalversammlung. Sollte diesem Wunsch nicht entsprochen werden, so wollen die Sozialdemokraten bei der Beratung der Vermögensabgabe in die Opposition gehen. Gegenwärtig schweben Verhandlungen, um die drohende Krise abzuwenden.

## Das türkische Friedensabkommen

S. R. Konstantinopel, 16. Juli.

Damad Feri Pascha ist am Dienstag wieder in Konstantinopel eingetroffen. Die Ansicht in türkischen Kreisen geht dahin, daß die Türkei durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht gewinnen könne, da Konstantinopel von den Entente bereits besetzt sei und der Kriegszustand schon bestche, so daß eine formelle Erklärung der Entente, daß der Krieg wieder ausgenommen werde, keine große Veränderung der Lage bringen könne. Es wird ein Kronrat einberufen werden, an dem sämtliche kaiserlichen Prinzen teilnehmen werden. Damad Feri Pascha wird dabei über die Verhandlungen in Paris berichten. Mustafa Kemal erklärt eine Proklamation, die an alle Brüder des Islams, die Kommunisten und Kameraden gerichtet ist, und in der er sagt, daß gewissenlose Staatsmänner beschlossen haben, die unglückliche türkische Nation wieder zu schmettern und das Land zu verteilen.

Man will die Türkei Smyrna und Thrazens berauben. Wilsons Grundzüge, die das Fortbestehen des Reiches garantierten, wurden mit Füßen getreten und die Türkei verdammt, unter dem Joch ihrer traditionellen Feinde zu leben. Er fordere deshalb alle auf, mit den Waffen in der Hand das Vaterland zu verteidigen.

Die französische Dienstzeit. Der Kriegsminister Lefevre wird in der nächsten Zeit der Kammer einen Entwurf vorlegen betreffend die Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit. Das Aufgebot soll am 1. April desjenigen Jahres erfolgen, in dem die jungen Leute 21 Jahre alt werden. Die Dauer der Dienstzeit soll sich auf 20 Jahre ausdehnen, und zwar 2 Jahre aktiv, 18 Jahre in der Reserve und 10 Jahre beim Landsturm. Der Jahrgang 1919 wird noch drei Jahre dienen, aber für die folgenden Jahre soll die zweijährige Dienstzeit durchgeführt werden.

Frankreichs Wiedergeburt. Der Pariser Spezialkorrespondent von „Le Social“ Handeltung“ vergleicht Frankreichs und Deutschlands wirtschaftliche Verhältnisse. Das Preisniveau in Kronen umgerechnet, liege in Paris bei 200, in Berlin bei 400 Prozent. Die französische Industrie sei im wirklichen Ausblühen und größtenteils auf beschäftigt; in dem zerstörten Gebiet nehme ein Unternehmen nach dem anderen seine Arbeit auf, obwohl mit Rücksicht auf den Eindruck in Spaas behauptet wird, daß der Beschäftigungsgrad infolge Ausbleibens der deutschen Kohle geringer geworden sei, als in Deutschland. In Frankreich gebe es keine Not der Kopfarbeiter wie in Deutschland.

Die Kämpfe in Irland. 50 bewaffnete Männer drangen am Donnerstag früh in die große Hauptpostamt in Dublin ein, bemächtigten sich aller für Dublin Castle und die Residenz des Königs bestimmten Postkisten und führten sie auf mehreren Postwagen davon.

Untergang eines Dampfers. Der Dampfer Kap Lopatka, der die wissenschaftliche Expedition für Kamtschatka an Bord hatte, ist untergegangen. Die Mitglieder der Expedition wurden gerettet, ihre Ausrüstung ist aber verloren.

Landarbeiterstreik in Schweden. Die Landarbeiter in Westmanland haben am Donnerstag den Ausstand begonnen. Dreitausend Arbeiter sind am Streik beteiligt. Vergleichsverhandlungen sind im Gange.

Neue Partei in Amerika. Die neue Partei, welche Bauern- und Arbeiterpartei genannt wird, hat den Republikaner Charles Christensen (Call Lake City) als Präsidentschaftskandidat aufgestellt. Außer Christensen waren u. a. Henry Ford und Eugene Debs als Kandidaten vorgeschlagen worden.

Die Revolution in Bolivien. Revolutionäre in La Paz verlangen, daß der Distrikt, der 1904 an Chile abgetreten wurde, an Bolivien zurückgegeben wird. Drei bolivienische Regimenter werden nach der Grenze geschickt. Diese Truppen sind aber angewiesen, feinerlei Konflikt heraufzubekommen, sondern sollen nur die Grenze gegen etwaige Angriffe verteidigen.

## Gewerkchaftliches

### Reichskonferenz der gewerblichen Bankangestellten

Die Vertreter der im Allgemeinen Verbande der Deutschen Bankbeamten, Sektion Kassendoten, organisierten gewerblichen Bankangestellten (Kassendoten, technisches Personal usw.) hielten am Sonntag, den 11. d. Mts. in Berlin eine Reichskonferenz ab. Es waren die Vertreter sämtlicher Gauen erschienen, die 112 deutsche Bankplätze vertraten. Auf der Tagesordnung stand der neue Entwurf des Reichsstatutes, der den am 19. Juli beginnenden Verhandlungen vorgelegt werden soll. Das Referat hatte der Sektionsleiter Wolf übernommen, der hauptsächlich folgende Punkte des Entwurfes behandelte: Personalkreis, Einkommen, Arbeitszeit, Mitbestimmungsrecht, Fortzahlung des Gehaltes bei Krankheit und den Wachen und Sicherheitsdienst. An der Diskussion beteiligten sich vor allen Dingen die aus dem Reich erschienenen Vertreter, die ein umfassendes Material über die soziale Lage aus ihren Gauen mitbrachten. Nach stündigen Verhandlungen war eine Ueber einstimmung in sämtlichen Punkten herbeigeführt. Sämtliche Vertreter betonten, daß für die gewerblichen Bankangestellten nur der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten als gewerkchaftliche Organisation in Frage kommt. Gerade die vor kurzer Zeit abgeschlossenen Lohnbewegungen der Bankangestellten haben gezeigt, welche Gefahr für die Angestellten in der Zerstückelung der Angestelltenbewegung liegt. Die Ueberaus zahlreiche Besichtigung dieser Reichskonferenz beweist, welche Stärke die erst seit Ende 1918 bestehende Sektion Kassendoten des Allgemeinen Verbandes hat.

### Der Reichsverband weiblicher Hausangestellter als Streikbrecheragent

Die bei den nicht staatlichen und nicht kommunalen gemeinnützigen Krankenhäusern und nicht kommunalen gemeinnützigen Krankenhäusern und Pflanzschulen Großberlins und Brandenburgs zusammengeschlossenen, beschützten Angestellten, hatten ihre Organisation beauftragt, für den am 30. Juni abgelaufenen Tarif neue Forderungen einzurufen, welche den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt sind. In den vertretenen Organisationen arbeitete auch der Reichsverband weiblicher Hausangestellter. Diese Organisation hatte scheinbar die eingereichten Forderungen mit als das Mindestmaß dessen angegeben, um den Angestellten ein einigermaßen auskömmliches Leben zu ermöglichen. Die Verhandlungen mit dem genannten Verband der Krankenanstalten haben ein negatives Ergebnis gebracht, bezw. waren die dort bewilligten Aufbesserungen so minimal, daß die Vermittlung der Angestellten bis obenhin einkimmig ablehnte. Es waren auch Mitglieder der oben genannten Organisation vertreten, welche mit für die Ablehnung des Angebotes stimmten. Der Reichsverband hat aber jetzt nichts eiligeres zu tun, als den um ihr Recht kämpfenden Angestellten in den Rücken zu fallen. An seine Mitglieder richtete er am 6. Juli ein Rundschreiben, worin dieselben aufgefordert werden, sich an einem von den Männerorganisationen (M) inszenierten Streik nicht zu beteiligen, sondern das Rückenthaler weiter zu arbeiten. Gleichseitig richtete derselbe an verschiedene Anstaltsleitungen das Angebot, wo das Personal in den Streik tritt, wolle er sofort anderes Personal zu den allen (M) Bedingungen zur Verfügung stellen. — Man sieht einmal wieder, was dieses Rinder dort vertreten sind. Solange es geht, tut man mit, soll man aber einmal aktiv und praktisch für die gerechten Forderungen eintreten, da muß ein Zurückweichen gemacht werden, sonst verbrennt man seine Finger. Unsere Kolleginnen werden ebenfalls aus diesem Fall erleben, in welchem Maße der Reichsverband weiblicher Hausangestellter für seine Mitglieder eintritt. Da nun, Kolleginnen! laßt Euch nicht betören von den schönen Worten dieser Art Leute, sondern organisiert Euch rechtlos dort, wo Eure Intressen auch wirklich vertreten werden, im Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands.

Fragen der Angestelltenversicherung. Zur Angestelltenversicherung liegen einige weitere bemerkenswerte Eingebungen des Obergerichts vor. Für Kriegsteilnehmer wichtig ist es, daß der Monat August 1914 jedenfalls dann als voller Kalendermonat für die Angestelltenversicherung während des Krieges anzusehen ist, wenn ein Versicherter bereits am 1. August 1914 die Reise nach seinem Bestimmungsorte angetreten hat, um diesen rechtzeitig zu erreichen. Bei einer Altersrentenversicherung bewirkt die Fälligkeit der Rentenzahlungen nicht die Aufhebung der Versicherung. Bei Versicherungspflichtig sind Patentanwaltskandidaten während ihrer Vorbereitungsarbeiten bei einem Patentanwalt, soweit sie Entgelt beziehen. Durch die Zugehörigkeit zu einer landwirtschaftlichen Versicherungsanstalt wird die Anwartschaft für die reichsgewerblichen Leistungen der Angestelltenversicherung nicht aufgehoben, auch wenn sonst diese Zugehörigkeit Versicherungsanstalt herbeiführt.

Gewerkchaftliche Gewerke. Das Nr. 7 in Berlin und an zu holen am Sonnabend, den 17. Juli von 4-6 Uhr. Baum, Stahlfabrik Straße 47.

